

BStU  
000249

1984

Ministerium für Staatssicherheit  
Stellvertreter des Ministers

Berlin, 5. Januar 1984

BStU  
000258

MfS - 2.5 - 09 JAN 1984 D. Nr. 129 Gen.	wa
---	----

Ministerium für  
Staatssicherheit  
Abteilung X  
Genossen Generalmajor Damm

Beiliegend übersende ich Ihnen einen Vermerk über ein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im Staatssekretariat der SR Jugoslawien, Genossen Milosch, das Genosse OSL Bröckmann in Vorbereitung der Olympischen Winterspiele 1984 in Sarajevo führte.

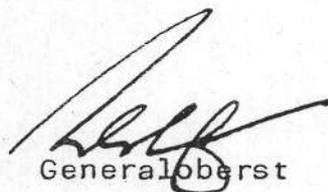
Gen. OSL Bröckmann gehört der Gruppe von Mitarbeitern des MfS an, die für die Absicherungsaufgaben während der Olympischen Spiele eingesetzt wird. In Zusammenarbeit mit dem Olympia-Attaché und Sicherheitsbeauftragten der DDR-Botschaft ist er u. a. verantwortlich für das Zusammenwirken mit den Landessicherheitsorganen.

Ich bitte zu prüfen, was für den Fall zu beachten ist, daß Genosse Milosch während der Olympischen Spiele Verbindung sucht. Durch uns ist keine Verbindungsaufnahme vorgesehen.

Des weiteren bitte ich zu prüfen, ob es nach Abschluß der Olympischen Spiele zweckmäßig wäre, Genossen Milosch oder andere verantwortliche Genossen mit Orden oder Geschenken auszuzeichnen.

Genosse Generalleutnant Mittig hat ein gleichlautendes Schreiben erhalten.

Anlage

  
Generaloberst

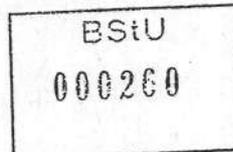
Hauptverwaltung A  
Abteilung IX

Berlin, 5. Januar 1984

BSU 000259
---------------

In Vorbereitung von Absicherungsmaßnahmen während der Olympischen Winterspiele 1984 in Sarajevo führte Genosse OSL Bröckmann in Abstimmung mit der HA XX vom 12. bis 16.12.83 eine Dienstreise in die SR Jugoslawien durch. Die Botschaft der DDR hatte ein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung für Ausländerfragen im Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten, Genossen Strumbelj vorbereitet. Durch die plötzliche Abwesenheit des Genossen Strumbelj erfolgte die Weitervermittlung des Genossen Bröckmann an den Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im Staatssekretariat, Genossen Milosch.

In dem Gespräch erklärte Genosse Milosch volles Verständnis für unser Anliegen und sicherte schnelle und wirksame Hilfe zu. Seinerseits bat er um Informationen über mögliche terroristische Anschläge oder ähnliche Aktionen und bezog sich dabei auf erfolgte Erfahrungsaustausche und bisherige Informationen durch das MfS. Genosse Milosch erklärte, ohne danach befragt zu sein, seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit über die Olympischen Spiele hinaus und bat, dieses Anliegen der Leitung des MfS vorzutragen. Er sehe hierzu eine Reihe Möglichkeiten, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Dabei bezog er sich auf seinen Aufenthalt in der DDR. Angenehm sei ihm noch die Begegnung mit Genossen General Damm in Erinnerung. Genosse OSL Bröckmann erklärte, diese Wünsche weiterzuleiten, stellte aber fest, daß er zu solchen Fragen nicht autorisiert sei.



Zu seiner Person sagte Genosse Milosch:

Er sei 1928 geboren, wollte ursprünglich Medizin studieren, nahm aber dann durch Parteiauftrag den Dienst in der UDBA auf und sei seit 30 Jahren operativ tätig. Er habe viele Reisen des Genossen Tito vorbereitet, auch seine Reise in die USA. Den Feind kenne er gut und er wisse auch, wo Freunde und Kommunisten zu suchen sind. Das gemeinsame Ziel der Kommunisten und der gemeinsame Feind seien eine gute Grundlage zur Zusammenarbeit. Er habe zwei Söhne, beide Juristen, einer sei ebenfalls Mitarbeiter im Bundessekretariat.

An den Beratungen mit den Genossen im Sekretariat für Innere Angelegenheiten in der SR Bosnien und Herzegowina nahmen der stellvertretende Innenminister (Leiter der Staatssicherheit), Genosse Bijeolic, Bahrudin, und der Leiter für die Absicherung der Olympischen Winterspiele, Genosse Basic, Ristow teil. Die Besichtigung der Wettkampfstätten wurde mit Genossen Basic durchgeführt. In den Gesprächen brachten die Genossen zum Ausdruck, daß sie uns vor und während der Olympischen Spiele entsprechend dem Auftrag des Genossen Milosch allseitig unterstützen werden. Unter anderem wollen sie Maßnahmen treffen, um mögliche Straftaten hinsichtlich des ungesetzlichen Verlassens der DDR durch DDR-Bürger während der Olympischen Spiele zu verhindern. Zur Sicherung vor möglichen terroristischen Angriffen haben sie bereits Absprachen mit anderen Organen der Sicherheit geführt. Ihrer Meinung nach sind terroristische Aktionen durch armenische Kräfte, Iraner, Israelis und aus Kreisen der Ustaschen möglich. Aber die Genossen versicherten, alles zu tun, damit keine terroristischen Kräfte aktiv werden können.

BSIU  
000261

10

*Süddeutsche  
Zeitung, 10. 1. 84*

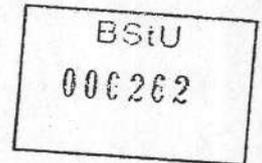
**Belgrad fordert Sicherheitsorgane  
zur Zurückhaltung auf**

Belgrad (ddp)

Jugoslawiens Innenminister Stane Dolanc hat sich dagegen ausgesprochen, daß die Staatssicherheitsorgane „als eine Art politische Polizei“ auftreten. Sie würden damit, wie die Erfahrungen der Vergangenheit zeigten, „die Entwicklung der sozialistischen Selbstverwaltungsdemokratie“ behindern, sagte Dolanc anlässlich seiner Ernennung zum ordentlichen Professor an der Fakultät für Sicherheitsstudien und soziale Selbstverteidigung der Universität Skopje. Die Staatssicherheit solle ihre Kräfte auf die Bekämpfung von Spionageaktivitäten und anderen Gefahren für die Landesverteidigung konzentrieren. Für die Auseinandersetzung mit oppositionellen Standpunkten und Gedanken seien die sozialpolitischen Organisationen und die Selbstverwaltung zuständig.

Ministerium für Staatssicherheit  
Stellvertreter des Ministers

Berlin, 27. Januar 1984

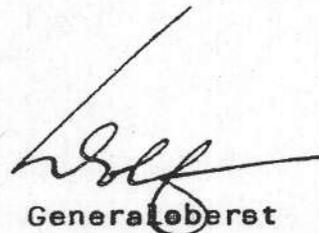


Ministerium für  
Staatssicherheit  
Abteilung X  
Genossen Generalmajor Damm

Beiliegend wird ein Vermerk über ein Gespräch mit dem Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im Bundessekretariat der SR Jugoslawien, Genossen Milosch, übergeben, das auf dessen Initiative am 24. 1. 84 stattfand. Mit meinem Schreiben vom 5. Januar 1984 wurde Ihnen bereits ein Vermerk über ein vorausgegangenes Gespräch mit Genossen Milosch übergeben.

Ich habe Genossen Minister gebeten, über den Vorschlag des Genossen Milosch eine Entscheidung zu treffen und mich davon in Kenntnis zu setzen. Dabei ist zu beachten, daß Genosse Fisch planmäßig ab 31. 1. 84 in Sarajevo eingesetzt ist.

Anlage



General Leberst

Hauptverwaltung A  
Abteilung IX

Berlin, 26. Januar 1984

BStU  
000263

Am 24. Januar 1984 wurde der Sicherheitsbeauftragte der Botschaft der DDR in Jugoslawien, Genosse Fisch, durch den Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten, Genossen Milosch, zu einem Gespräch gebeten.

Genosse Milosch bat darum, den Vorschlag an die Leitung des MfS der DDR weiterzuleiten, einen gegenseitigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zur Terrorismusbekämpfung durchzuführen. Die Sicherheitsorgane der SFRJ laden hierzu zwei leitende Spezialisten des MfS ein und empfehlen eine erste Beratung möglichst noch vor Beginn der Olympischen Spiele durchzuführen.

Genosse Milosch bat um eine schnelle Beantwortung des Vorschlages.

Im Laufe des Gespräches erwähnte Genosse Milosch, daß die Sicherheitsorgane der SFRJ an einem kontinuierlichen Gedankenaustausch mit dem MfS auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung interessiert seien und eine regelmäßige Zusammenarbeit wünschten. Man habe den Wunsch, die in der Vergangenheit bestandenen guten und erfolgreichen Arbeitskontakte wieder herzustellen. Dabei wurde insbesondere an Gespräche des Genossen Minister Mielke mit dem damaligen Bundessekretär Herljevic und an den Besuch des Genossen Generalmajor Damm erinnert.

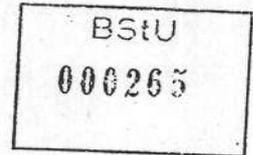
BStU

000254

2

Die jugoslawische Seite sei bereit, alle Vorschläge und Initiativen des MfS zu behandeln. Obwohl das Hauptinteresse der SFRJ an den Problemen der Internationalen Terrorismusbekämpfung besteht, könnten bei dem vorgeschlagenen Zusammentreffen auch alle anderen Fragen behandelt werden, an denen das MfS interessiert sei.

Berlin, 4. Februar 1984



Persönlich!

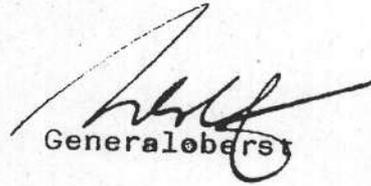
Genossen Minister  
Armeegeneral Mielke

Beiliegend wird ein Vermerk über ein erneutes Gespräch mit dem Genossen Milosch, Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen des Bundessekretariats für innere Angelegenheiten der SFRJ, übergeben, das am 3. 2. 1984 stattfand.

Ich empfehle folgendes weiteres Vorgehen:

Genossen Milosch wird erklärt, daß im MfS keinerlei Informationen über Pläne und Absichten feindlicher und terroristischer Kräfte gegen die Olympischen Spiele in Sarajevo vorliegen. Sobald solche bekannt werden, erfolgt sofort die Übergabe.

Hinsichtlich der gemeinsamen Beratung von Spezialisten der Terrorabwehr wird den jugeslawischen Genossen vorgeschlagen, die im einzelnen gewünschten Konsultationsfragen zum Terrorismus zu übergeben, damit unsererseits Vorbereitung darauf erfolgen kann.

  
Generaloberst

Hauptverwaltung A

Berlin, 4. Februar 1984

BStU

000266

Auf Wunsch des Genossen Milosch, Leiter der Abt. Internationale Verbindungen im Bundessekretariat für innere Angelegenheiten der SFRJ, fand am 3. 2. 1984 ein erneutes Gespräch statt, an dem unsererseits Genosse OSL Bröckmann und Major Fisch teilnahmen.

Die vorher mit Genossen Generalmajor Damm abgestimmte Gesprächskonzeption für unsere Genossen hatte zum Ziel, die jugoslawische Seite zu Einzelheiten über den Inhalt der angestrebten Zusammenarbeit zu veranlassen.

Genosse Milosch äußerte erneut die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem MfS in allen gemeinsam interessierenden Fragen. Das Zusammenwirken müsse der Stärkung des Sozialismus in beiden Ländern dienen, von jugoslawischer Seite würde diese Zusammenarbeit als die höchste Form des Zusammenwirkens beider Länder betrachtet. Von seiner Seite werde eine neue Qualität im Zusammenwirken angestrebt auf der Grundlage von Offenheit und Vertrauen. Es käme darauf an, eine bilaterale Zusammenarbeit beider Organe zu entwickeln.

Als erster Schritt dieser künftigen Zusammenarbeit wird erneut ein Gespräch mit sachkundigen Spezialisten der Terrorabwehr zum schnellstmöglichen Zeitpunkt vorgeschlagen. Ziel dabei sei, einen Meinungsaustausch über den Terrorismus zu führen und die Sicherheit beider Länder zu erhöhen. Für die jugoslawischen Genossen sei der Terrorismus ein bedeutendes Problem.

Gegen die SFRJ liegen Drohungen aus mehreren westeuropäischen Ländern vor. Die jugoslawische Seite habe in Vorbereitung der Olympischen Spiele Gespräche mit Mitarbeitern mehrerer Sicherheitsdienste geführt, darunter auch USA, BRD und Iran. Dabei sei eindeutig erklärt worden, daß auf dem Territorium der SFRJ keine Terroraktionen geduldet würden und konsequent dagegen aufgetreten wird.

BStU  
000267

2

Die vorliegenden Informationen stammen vorrangig aus Kreisen der Emigranten.

Der ehemalige Spiegel-Redakteur [REDACTED] sei als Journalist einer der Hauptorganisatoren der Propaganda gegen die SFRJ.

Abschließend bat Genosse Milosch nochmals darum, eine schnelle Entscheidung hinsichtlich der vorgeschlagenen Beratung der Terror-spezialisten als ersten Schritt der künftigen Zusammenarbeit zu treffen. Während dieser Gespräche könnten auch Einzelheiten über Inhalt und das weitere Vorgehen in der künftigen Zusammenarbeit behandelt werden.

Ohne Anschreiben

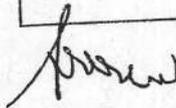
MfS/HVA IX/B                      Berlin                      , 13. 2. 84  
MfS, Abt. X                      Tgb.-Nr.                      351  
Generalmajor Damm                      Enthält                      Blatt

Betreff: Gespräche mit Gen. Milosch

1. Zur Kenntnisnahme  
2. Zur Stellungnahme  
3. Zur weiteren Erledigung  
4. Zur operativen Auswertung  
5. Zur Bestätigung/Unterschrift  
6. Zum Verbleib  
7. Mit der Bitte um    Rückgabe  
                                 Weiterleitung  
                                 Rücksprache  
                                 Anruf

Bemerkung:

BSU  
000268



Unterschrift  
Oberst

Zutreffendes unterstreichen!

Berlin, 11. 2. 1984

BSU

000269

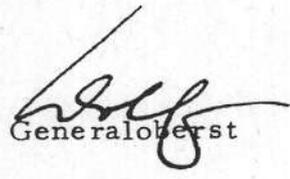
Persönlich!

Genossen Minister  
Armeegeneral Mielke

Beiliegend wird ein Vermerk über das letzte Gespräch mit dem Genossen Milosch, Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im Bundessekretariat für innere Angelegenheiten der SFRJ, übergeben, das am 12. 2. 1984 stattfand.

Ich empfehle, die Fragen von den jugoslawischen Genossen sowie die Information zur GSG 9 entgegenzunehmen und nach Rückkehr der Delegation über das weitere Vorgehen zu entscheiden.

Anlage  
1 Blatt

  
Generaloberst

Durch Vermittlung des Verantwortlichen für Sicherheit im Olympischen Dorf in Sarajevo, Genossen Baschic, kam am 12. 2. 1984 das von uns gewünschte Gespräch mit Genossen Milosch zustande.

Genossen Milosch wurde erklärt, daß im MfS keine Informationen über Pläne und Absichten feindlicher Kräfte gegen die Olympischen Spiele vorliegen und, sobald solche bekannt werden die Übergabe erfolgt. Außerdem wurde vorgeschlagen, die im einzelnen gewünschten Konsultationsfragen zum Terrorismus zu übergeben, damit unsererseits Vorbereitung erfolgen kann.

Genosse Milosch bat zunächst darum, Genossen Minister Mielke Grüße vom Minister Dolanz zu übermitteln, der sich ebenfalls in Sarajevo aufhält. Genosse Dolanz sei am Ergebnis der Gespräche sehr interessiert und hoffe auf eine künftige Zusammenarbeit gegen den internationalen Terrorismus und zu allen anderen Problemen.

Genosse Milosch sagte die Übergabe der gewünschten Fragen noch vor der Abreise unserer Delegation zu und bat darum, durch uns ebenfalls alle interessierenden Fragen für die Beratung der Terrrorspezialisten zu übergeben. Er äußerte darüber hinaus Bereitschaft - ebenfalls noch vor der Abreise - Erkenntnisse über die Mittel und Methoden der GSG 9 zu übergeben.

Im Laufe des Gespräches erwähnte Genosse Milosch die Festnahme von 12 Personen in der BRD, u. a. in Stuttgart, Köln, Augsburg und Frankfurt/Main, die eine terroristische Organisation geleitet haben sollen. Unter den Festgenommenen befinden sich u. a. ein BRD-Bürger und drei Jugoslawen (Bratko Schetka, Tomislav Mischic, Tomo Naletilic - alles phonetisch). Bei den Durchsuchungen seien Waffen und Munition sichergestellt worden.

Ohne Anschreiben

MfS HVA IX/B

Berlin, 22.2.84

MfS, Abteilung X

Tgb.-Nr.

Enthält

Blatt

Gen. Generalmajor Damm

Betreff: Vermerk Abschlußgespräch

Bemerkung: Sarajevo

- 1. Zur Kenntnisnahme
- 2. Zur Stellungnahme
- 3. Zur weiteren Erledigung
- 4. Zur operativen Auswertung
- 5. Zur Bestätigung/Unterschrift
- 6. Zum Verbleib
- 7. Mit der Bitte um

BSTU  
 000271

Schramm, Oberst

Unterschrift

Zutreffendes unterstreichen!

Ministerium für Staatssicherheit  
Hauptverwaltung A  
1. Stellvertreter

Berlin, Febr. 1984

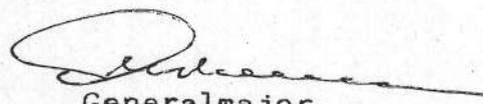
Persönlich

Genossen Minister  
Armeegeneral Mielke

Beiliegend wird ein Vermerk über das Abschlußgespräch mit den jugoslawischen Genossen im Zusammenhang mit der Beendigung der Olympischen Spiele in Sarajevo übergeben.

Genosse Generalleutnant Neiber und Genosse Generalmajor Damm haben ein Dublikat des Vermerkes erhalten.

Anlage

  
Generalmajor

BSU  
000273

Auf Initiative der jugoslawischen Genossen kam am 18. 2. 1984 in Sarajevo ein weiteres Gespräch zustande, das gleichzeitig das Abschlußgespräch nach den Olympischen Spielen in Sarajevo war.

Von jugoslawischer Seite nahmen daran teil:  
Genosse Bijedic, stellvertretender Innenminister und Leiter der Staatssicherheitsorgane in Bosnien, und Genosse Baschic, Verantwortlicher für Sicherheitsfragen während der Olympischen Spiele, von seiten unserer Delegation waren Genosse Oberstleutnant Bröckmann und Major Fisch beteiligt.

Die jugoslawischen Genossen schlugen erneut ein Zusammentreffen von Terrorspezialisten beider Sicherheitsorgane vor, um damit die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung und Abwehr des internationalen Terrorismus zu beginnen. An der Behandlung folgender Fragen besteht Interesse:

- Einsatz von Waffen und Sprengstoff gegen leitende Funktionäre;
- terroristische Angriffe auf Objekte;
- Anschläge auf Flugzeuge und deren Entführung;
- Geiselnahme durch Einzel- und Gruppentäter.

Neben der Abwehr terroristischer Handlungen exilkroatischer Kreise besteht vor allem Interesse an dem Austausch von Erfahrungen zur Abwehr von Terrorhandlungen von exilarmenischen und arabischen Terroristen.

BSU  
000274

2

Die angekündigte Demonstration über die Arbeitsweise der GSG 9 fand nicht statt. Unsererseits wurden keine Fragen dazu gestellt. Ebenso wurden keinerlei zusätzlichen Vorstellungen konkreten Inhalts über andere Fragen der Zusammenarbeit von jugoslawischer Seite geäußert.

Die jugoslawischen Genossen baten darum, die Fragen der Leitung des MfS zuzustellen, sie erbat eine Rückantwort über den Genossen Major Fisch in Belgrad.

Ministerium für Staatssicherheit  
Hauptverwaltung A  
1. Stellvertreter

Berlin, Febr. 1984

BStU  
000281

*Wv.  
Me.*

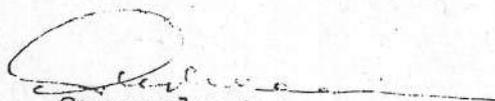
Persönlich

Genossen Minister  
Armeegeneral Mielke

Beiliegend wird ein Vermerk über das Abschlußgespräch mit den jugoslawischen Genossen im Zusammenhang mit der Beendigung der Olympischen Spiele in Sarajevo übergeben.

Genosse Generalleutnant Neiber und Genosse Generalmajor Damm haben ein Dublikat des Vermerkes erhalten.

Anlage

  
Generalmajor

BStU

000282

Auf Initiative der jugoslawischen Genossen kam am 18. 2. 1984 in Sarajevo ein weiteres Gespräch zustande, das gleichzeitig das Abschlußgespräch nach den Olympischen Spielen in Sarajevo war.

Von jugoslawischer Seite nahmen daran teil: Genosse Bijedic, stellvertretender Innenminister und Leiter der Staatssicherheitsorgane in Bosnien, und Genosse Baschic, Verantwortlicher für Sicherheitsfragen während der Olympischen Spiele, von seiten unserer Delegation waren Genosse Oberstleutnant Bröckmann und Major Fisch beteiligt.

Die jugoslawischen Genossen schlugen erneut ein Zusammentreffen von Terrorspezialisten beider Sicherheitsorgane vor, um damit die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung und Abwehr des internationalen Terrorismus zu beginnen. An der Behandlung folgender Fragen besteht Interesse:

- Einsatz von Waffen und Sprengstoff gegen leitende Funktionäre;
- terroristische Angriffe auf Objekte;
- Anschläge auf Flugzeuge und deren Entführung;
- Geißelnahme durch Einzel- und Gruppentäter.

Neben der Abwehr terroristischer Handlungen exilkroatischer Kreise besteht vor allem Interesse an dem Austausch von Erfahrungen zur Abwehr von Terrorhandlungen von exilarmenischen und arabischen Terroristen.

BStU

000283

2

Die angekündigte Demonstration über die Arbeitsweise der GSG 9 fand nicht statt. Unsererseits wurden keine Fragen dazu gestellt. Ebenso wurden keinerlei zusätzlichen Vorstellungen konkreten Inhalts über andere Fragen der Zusammenarbeit von jugoslawischer Seite geäußert.

Die jugoslawischen Genossen baten darum, die Fragen der Leitung des MfS zuzustellen, sie erbat eine Rückantwort über den Genossen Major Fisch in Belgrad.

Voll 44 27784

Ministerium für Staatssicherheit  
Hauptverwaltung A  
1. Stellvertreter

Berlin, Febr. 1984

BStU  
000284

Persönlich

Stellvertreter des Ministers  
Genossen Generalleutnant Neiber

Zusammenwirken des MfS mit den Sicherheitsorganen  
der SFRJ

Vor Beginn der Olympischen Spiele in Sarajevo und während der Spiele fanden auf Initiative der jugoslawischen Genossen durch Genossen unserer Delegation mehrere Gespräche statt, deren Ergebnisse in dem beiliegenden Vermerk zusammengefaßt sind.

Am 18. 2. 1984 wurde ein Abschlußgespräch durchgeführt, zu dem ebenfalls ein Vermerk beigefügt ist.

Alle über die Gespräche angefertigten Berichte wurden Genossen Minister und Genossen Generalmajor Damm übergeben.

Anlage

  
Generalmajor

*Gen. Damm  
Obr. Pirovsky  
Gamm  
20.11*

*Mittels  
WV*

Berlin, 11. Februar 1984

BSIU

000285

Zusammenwirken des MfS mit den Sicherheitsorganen der SFRJ

Auf Einladung der jugoslawischen Genossen fand 1976 eine Konsultation zu Grundfragen der Zusammenarbeit statt. Die Delegation des MfS wurde durch Genossen Generalmajor Damm, die der SFRJ durch den Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im Bundessekretariat für innere Angelegenheiten, Genossen Milosch, geleitet.

Das Interesse der jugoslawischen Seite war insbesondere auf die gemeinsame Bearbeitung exilkroatischer Kräfte in westlichen Ländern gerichtet.

Eine laufende Zusammenarbeit kam nicht zustande, von jugoslawischer Seite wurden keine Aktivitäten hierzu spürbar.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Olympischen Winterspiele in Sarajevo kam es am 12. 12. 1983 zu einem Gespräch mit Genossen Milosch, nachdem der als Kontaktpartner vorgesehene Leiter der Abteilung für Ausländerfragen im Bundessekretariat für innere Angelegenheiten, Genosse Strumbelj, nicht anwesend war.

Genosse Milosch sicherte eine schnelle und wirksame Zusammenarbeit während der Olympischen Spiele zu und zeigte Interesse an einem Informationsaustausch zu terroristischen Aktionen während der Olympischen Spiele.

Darüber hinaus zeigte er sich interessiert an einer ständigen Zusammenarbeit über die Olympischen Spiele hinaus, wozu er eine Reihe Möglichkeiten sehe.

Bereits am 24. 1. 1984 bat Genosse Milosch um ein erneutes Gespräch, um sofort einen gegenseitigen Meinungs- und Erfahrungsaustausch zur Terrorismusbekämpfung durchzuführen. Hierzu wurden zwei leitende Spezialisten des MfS eingeladen, um noch vor Beginn der Olympischen Spiele diesbezügliche Beratungen zu führen. Auch während dieses Gespräches war Genosse Milosch erneut daran interessiert, eine ständige Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung durchzuführen. Von jugoslawischer Seite besteht Bereitschaft, alle Vorschläge und Initiativen des MfS zu behandeln.

BStU  
2 000286

Während einer Beratung am 3. 2. 1984 wurde Genosse Milosch gebeten, Einzelheiten über den Inhalt der angestrebten Zusammenarbeit darzustellen. Genosse Milosch beharrte auf seinem Standpunkt, daß als erster Schritt der künftigen Zusammenarbeit ein Gespräch mit sachkundigen Spezialisten der Terrorabwehr zum schnellstmöglichen Zeitpunkt stattfinden sollte. Während dieses Gespräches könnten außerdem alle Fragen des weiteren Zusammenwirkens behandelt werden. Für die jugoslawischen Genossen sei der Terrorismus das bedeutendste Problem. In diesem Zusammenhang erwähnte er Verhandlungen mit den USA, der BRD und Iran.

Während des Gespräches am 12. 2. 1984 mit Genossen Milosch in Sarajevo wurde unsererseits erklärt, daß im MfS keinerlei Informationen über Pläne und Absichten feindlicher Kräfte gegen die Olympischen Spiele vorliegen und, sobald solche bekannt werden Übergabe erfolgt. Hinsichtlich der gemeinsamen Beratung von Spezialisten der Terrorabwehr wurde vorgeschlagen, daß von den jugoslawischen Genossen die im einzelnen gewünschten Konsultationsfragen übergeben werden, damit unsererseits Vorbereitung darauf erfolgen kann. Genosse Milosch war damit einverstanden und sagte noch vor der Abreise unserer Delegation die Übergabe der Fragen zu. Er bat, daß auch das MfS die Fragen übergibt, die für ein weiteres Zusammenwirken von Interesse sind.

Auf Initiative der jugoslawischen Genossen kam am 18. 2. 1984 in Sarajevo ein weiteres Gespräch zustande, das gleichzeitig das Abschlußgespräch nach den Olympischen Spielen in Sarajevo war.

Von jugoslawischer Seite nahmen daran teil: Genosse Bijedic, stellvertretender Innenminister und Leiter der Staatssicherheitsorgane in Bosnien, und Genosse Baschic, Verantwortlicher für Sicherheitsfragen während der Olympischen Spiele, von seiten unserer Delegation waren Genosse Oberstleutnant Bröckmann und Major Fisch beteiligt.

Die jugoslawischen Genossen schlugen erneut ein Zusammentreffen von Terrorspezialisten beider Sicherheitsorgane vor, um damit die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung und Abwehr des internationalen Terrorismus zu beginnen. An der Behandlung folgender Fragen besteht Interesse:

- Einsatz von Waffen und Sprengstoff gegen leitende Funktionäre;
- terroristische Angriffe auf Objekte;
- Anschläge auf Flugzeuge und deren Entführung;
- Geiselnahme durch Einzel- und Gruppentäter.

Neben der Abwehr terroristischer Handlungen exilkroatischer Kreise besteht vor allem Interesse an dem Austausch von Erfahrungen zur Abwehr von Terrorhandlungen von exilarmenischen und arabischen Terroristen.

BSU  
000288

2

Die angekündigte Demonstration über die Arbeitsweise der GSG 9 fand nicht statt. Unsererseits wurden keine Fragen dazu gestellt. Ebenso wurden keinerlei zusätzlichen Vorstellungen konkreten Inhalts über andere Fragen der Zusammenarbeit von jugoslawischer Seite geäußert.

Die jugoslawischen Genossen baten darum, die Fragen der Leitung des MfS zuzustellen, sie erbaten eine Rückantwort über den Genossen Major Fisch in Belgrad.

Stellvertreter des Ministers

Berlin, 28. Februar 1984  
VNE/1199/84

BSIU  
000279

Streng geheim

Genossen Minister

*Wilt. H. V. A.  
einem Vorstudium  
Praktikum, mit  
Plan eine gemeinsame  
Anfrage zusammen  
angeboten wird. Wf.  
Mi. 1. III. 84*

Zusammenwirken des MfS mit den Sicherheitsorganen der SFRJ in Fragen der Bekämpfung des sogenannten internationalen Terrorismus

Es wird vorgeschlagen, zur Entwicklung eines Zusammenwirkens zur Bekämpfung des sogenannten internationalen Terrorismus zwischen dem MfS und den Sicherheitsorganen der SFRJ keine Initiative zu ergreifen, auf die jugoslawischen Vorstellungen abwartend und zurückhaltend zu reagieren sowie Beziehungen zwischen den zuständigen Einheiten der Sicherheitsorgane der SFRJ und der Abteilung XXII des MfS abzulehnen.

Die übermittelten Vorstellungen der Sicherheitsorgane der SFRJ, auf diesem Gebiet eine Zusammenarbeit mit dem MfS zu entwickeln, könnten eventuell geeignet sein, die Kenntnisse des MfS zur Vorgehensweise und zum Kräftepotential der SFRJ in der Terrorabwehr und bei der Bekämpfung von Terrorakten zu erweitern.

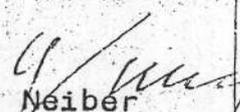
Bekannt ist, daß die jugoslawischen Sicherheitsorgane eine unserer Vorgehensweise ähnliche Grundlinie zur Vorbeugung von Anschlägen sogenannter internationaler Terroristen im Lande bzw. gegen Einrichtungen und Bürger ihres Staates im Ausland verfolgen. U. a. werden operative Kontakte zu bekannten internationalisierten terroristischen Organisationen und Gruppen unterhalten. Ein Informationsaustausch dazu hätte jedoch aufgrund eigener Quellen und wirksamer Informationsbeziehungen zu Bruderorganen für das MfS nur geringen operativen Nutzen.

Demgegenüber ständen erhebliche Gefahren für die Geheimhaltung unserer politisch-operativen Vorgehensweise und von operativen Erkenntnissen, weil mit einem Abfluß von Informationen an den Gegner gerechnet werden muß. Die jugoslawische Seite unterhält nachweislich Kontakte zum BKA der BRD sowie zu Interpol und arbeitet in der Terrorabwehr mit diesen zusammen. Nach Darstellung in den Gesprächen in Sarajevo gibt es durch die jugoslawische Seite auch entsprechende Verhandlungen mit den USA und dem Iran.

Über Fragen der politisch-operativen Arbeit zur Terrorabwehr hinausgehend zeigen sich im Anliegen der jugoslawischen Seite auch spezielle Interessen zu Fragen der Bekämpfung erfolgter Terrorakte mittels spezifischer Kräfte und Mittel. Auch zu diesen Problemen wird vorgeschlagen, keine Initiativen zu entwickeln. Die dem MfS zur Verfügung stehenden entsprechenden Kräfte, ihre Ausrüstung, Einsatzprinzipien und bisher gesammelten Erfahrungen sollten weiter strengster Geheimhaltung unterliegen, um die abschreckende Wirkung und das Überraschungsmoment gegenüber terroristischen Gewalttätern zuverlässig zu sichern. Bezeichnend für eine analoge Haltung der jugoslawischen Seite - ihre Kräfte betreffend - erscheint der Umstand, daß die den Vertretern des MfS in Sarajevo angekündigte Demonstration der Arbeitsweise ihrer Kräfte nicht erfolgt ist.

Im Rahmen bestehender Kontakte zu den Sicherheitsorganen der SFRJ könnte jedoch die prinzipielle Bereitschaft für eine gegenseitige Informationsübermittlung bei Vorliegen von Hinweisen auf erfolgte, bevorstehende oder beabsichtigte terroristische Anschläge auf Einrichtungen oder Personen der jeweils anderen Seite erklärt werden. Jede Übergabe derartiger Informationen müßte vorher durch die Abteilung XXII auf mögliche spezielle Erfordernisse des Quellenschutzes geprüft werden. Von Interesse für das MfS wäre ein Austausch von Erkenntnissen über terroristische Aktivitäten exil-kroatischer Kreise und armenischer Terrorgruppen. Hier könnten auch der jugoslawischen Seite eventuell nützliche Hinweise übergeben werden.

Für wertvoller als Kontakte auf dem Gebiet der Terrorabwehr werden entsprechende Aktivitäten gegenüber der jugoslawischen Seite in bezug auf den Kampf gegen kriminelle Menschenhändlerbanden, das ungesetzliche Verlassen der DDR sowie organisierten Schmuggel und Spekulation, eingeschlossen darin mögliche Hinweise auf Terror- und andere politisch-operativ bedeutsame Gewaltakte, angesehen.

  
Meiber  
Generalleutnant

BSU  
000275

Stellvertreter des Ministers

Berlin, 6. April 1984  
VNA/ 184 /84

Persönlich

Abteilung X  
Leiter

Beiliegend Kopien von Schreiben und Informationen zur Frage einer möglichen Zusammenarbeit zwischen dem MfS und dem Sicherheitsorgan Jugoslawiens, für die während der Olympischen Spiele von jugoslawischer Seite Vorstellungen unterbreitet worden sind.

Der Genosse Minister hat - wie beiliegend ersichtlich - einer gewissen begrenzten Zusammenarbeit zugestimmt. Davon ausgehend wurde ein erster Vorschlag erarbeitet, den ich auch dem Stellvertreter des Ministers, Genossen Generaloberst Wolf zugeleitet habe.

Ich halte es für richtig, daß schon jetzt in der Phase der Erarbeitung und Abstimmung eines Vorschlages an den Genossen Minister von Ihrer Seite die Federführung übernommen wird, weil unbedingt die bisherigen Kontakte der Abteilung X zu den jugoslawischen Sicherheitsorganen und daraus gezogene Schlußfolgerungen und gewonnene Erkenntnisse zugrunde gelegt werden müßten.

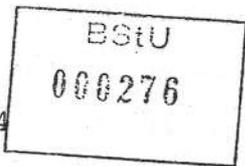
Ich bitte um Rückäußerung, Übernahme der weiteren Abstimmung des Vorschlages sowie Vorlage eines Entwurfes, der nach Zustimmung der HVA und von mir dem Genossen Minister überreicht werden kann.

Anlage

*C. Heiber*  
Heiber  
Generalleutnant

E n t w u r f

Berlin, 4. April 1984



STRENG GEHEIM!

Vorschlag für eine begrenzte Zusammenarbeit des MfS mit den Sicherheitsorganen der SFRJ

Während der Vorbereitung und Durchführung der Olympischen Spiele in Sarajevo wurde von leitenden Mitarbeitern des Bundessekretariats für innere Angelegenheiten der SFRJ, die auf eine Weisung ihres Ministers Bezug nahmen, Vorstellungen für die Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit mit dem MfS angesprochen und vorgeschlagen, den Austausch von Erfahrungen über die Terrorbekämpfung aufzunehmen. Besonderes Interesse wurde dabei an Fragen des Schutzes leitender Funktionäre vor Sprengstoffanschlägen und Schußwaffengebrauch, zur Verhinderung von Flugzeugentführungen und Terroranschlägen auf Flugzeuge sowie von Geiselnahme durch Einzel- und Gruppentäter geäußert.

Entsprechend der Weisung des Genossen Minister, eine begrenzte Zusammenarbeit zu prüfen, wird vorgeschlagen:

1. Auf die von jugoslawischer Seite vorgegebenen Fragen zu Mitteln und Methoden der Terrorbekämpfung durch die Organe des MfS wird mitgeteilt, daß es spektakuläre Vorkommnisse gegen leitende Funktionäre, gegen Flugzeuge und den Luftverkehr sowie Geiselnahmen, aus deren Bekämpfung sich Erkenntnisse für Sicherheitsorgane anderer Länder ergeben, in der DDR bisher nicht erfolgten.

Durch umfassende Vorbeugung sind entsprechende Pläne, Absichten und Aktivitäten in einem sehr frühen Stadium verhindert worden. Einzelne Vorkommnisse hatten keinen Zusammenhang zu Erscheinungen des sogenannten internationalen Terrorismus und waren lediglich von örtlicher Bedeutung, verallgemeinerungswürdige Erfahrungen der Terrorbekämpfung, die den Interessen der jugoslawischen Seite entsprechen würden, sind durch das MfS daher nicht auszuwerten.

Von seiten des MfS wird jedoch Interesse an den Erfahrungen der jugoslawischen Seite, vor allem die Ausbildung, Ausrüstung und den Führungs- und Einsatzgrundsätzen von speziellen militärischen/polizeilichen Einheiten/Kräften zur Bekämpfung von erfolgten Terrorakten gezeigt.

BSIU 2 000277
------------------

2. Über Erfahrungen und Vorgehensweisen zur vorbeugenden Verhinderung von Terror- und anderen bedeutsamen Gewaltakten im Innern wird der jugoslawischen Seite ein Gedankenaustausch vorgeschlagen.

In seinem Verlauf könnte das grundsätzliche Herangehen der Sicherheitsorgane der DDR an diese Aufgabenstellung vermittelt und diskutiert werden. Dabei würde durch die Vertreter des MfS vor allem verdeutlicht werden, welche enge vielfältige Zusammenhänge zwischen Terror- und anderen operativ bedeutsamen Gewaltakten sowie den verschiedensten anderen Staatsverbrechen und Straftaten der allgemeinen Kriminalität bestehen, um der jugoslawischen Seite, anknüpfend an ihren, die Terrorbekämpfung betreffenden Vorstellungen verdeutlichen zu können, daß das MfS Interesse besitzt, mit der jugoslawischen Seite bei der Bekämpfung des ungesetzlichen Verlassens der DDR unter Mißbrauch des Territoriums, der Ein- und Ausreisemöglichkeiten Jugoslawiens, beim Kampf gegen kriminelle Menschenhändlerbanden und gegen organisierten Schmuggel und Spekulation zusammenzuarbeiten.

3. Durch das MfS wird die Bereitschaft erklärt für einen Informationsaustausch im Rahmen der bestehenden Kontakte.

Darin sollten Erkenntnisse einbezogen werden

- über das Wirken terroristischer exiljugoslawischer Organisationen und Gruppierungen in der BRD und Westberlin, wie
  - . Dachorganisation "Kroatischer Nationalrat" (HNV);
  - . "Kroatische Staatsbildende Bewegung" (HDP);
  - . unter dem Namen "Kroatische Revolution" agierenden Kräfte;
  - . "Ustascha-Bewegung";
  - . "Vereinigte Revolutionäre Bewegung für Freiheit und Unabhängigkeit Kroatiens und Kosovos";
- zu Führungskräften rechts- und linksextremistischer Gruppierungen, exiljugoslawischer Kräfte in der BRD und Westberlin,
  - . u. a. zu [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED];
  - . Kontakte und Verbindungen dieser Kräfte zu staatlichen Organen, Einrichtungen und Geheimdiensten;
  - . Duldung, Förderung und Unterstützung dieser Kräfte durch Zuerkennung der BRD-Staatsbürgerschaft, Asyl- und Aufenthaltsgewährung, Arbeitsgenehmigung usw.;

BSIU  
000278

- zu Plänen, Absichten, Maßnahmen und Aktivitäten exiljugoslawischer Organisationen, wie z. B.
  - Hinweise über die Beschaffung, den Transport, die Vorbereitung und die Lagerung von Waffen und Sprengmitteln zur Vorbereitung und Durchführung terroristischer Anschläge;
  - Flugblatt- und ähnliche Aktionen mit der Zielstellung bzw. direkten Inszenierungen von Anschlägen auf den Touristen- und sonstigen Reiseverkehr nach der SFRJ und anderen sozialistischen Staaten;
  - Hinweise auf Anschläge gegen die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der SFRJ;
  - Hinweise zu geplanten bzw. realisierten terroristischen Aktionen gegen internationale Großveranstaltungen;
- zum Zusammenwirken mit anderen extremistischen Exil- und Emigrantenorganisationen u. a. "Graue Wölfe", "Moslembroderschaft" bzw. Gruppen und Kräfte des internationalen Terrorismus.

Auf dieser Grundlage könnte die Bereitschaft zur periodischen, sofortigen Übermittlung bei Vorliegen bedeutsamer Einzelinformationen abgestimmt werden.

Diese Grundrichtung und der damit verdeutlichte Rahmen einer möglichen Zusammenarbeit auf dem von jugoslawischer Seite in den Vordergrund gerückten Aufgabengebiet, sollte durch den Vertreter des MfS in Belgrad übermittelt und in Abhängigkeit von der Reaktion darauf die Bereitschaft bekundet werden, einen kompetenten Vertreter der jugoslawischen Seite zu einem Gedankenaustausch mit der Abteilung für internationale Beziehungen (X) in Berlin zu empfangen.

BSIU
008278

le  
Zd. A.

INF

13:35 BEG031/INF1004NO/TANJ

SICHERHEITSLAGESFRJ-INNENMINISTER ZUR INNEREN SICHERHEITSLAGE JUGOSLAWIENS

ADM -KORR. B E L G R A D , 10. APRIL 85 - ZUR INNEREN SICHERHEITSLAGE JUGOSLAWIENS NAHM INNENMINISTER DOBROSLAV CULAFIC AM DIENSTAG AUF EINER TAGUNG DES PRAESIDIUMS DES RATES DES JUGOSLAWISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES IN BELGRAD STELLUNG. IN EINEM TANJUG-BERICHT HEISST ES:

''CULAFIC SPRACH UEBER DIE FEINDLICHEN AKTIVITAETEN IM LANDE UND BETONTE DABEI BESONDERS DIE GEFAHR VERSCHIEDENER FORMEN NATIONALISTISCHER ANGRIFFE AUF DIE ERRUNGENSCHAFTEN UNSERER REVOLUTION. ER BRACHTE SEINE BESORGNIS DARUEBER ZUM AUSDRUCK, DASS DIE ZAHL OEFFENTLICHER NATIONALISTISCHER AUSFAELLE UND GROBER EXZESSE ANWAECHST, AN DENEN VORWIEGEND JUGENDLICHE BETEILIGT SIND.''

''KLERONATIONALISTEN'' UND ANDERE ''BUERGERLICHE RECHTE'' - SAGTE CULAFIC - HAETTEN EBENSO WIE ''BEFUERWORTER EINES BUEROKRATISCH-DOGMATISCHEN KONZEPTS'' DIE PAROLE VON ''MEHR ARBEIT UND ORDNUNG'' AUSGEGEBEN. ''MIT DIESER PAROLE GREIFT MAN AUF PERFIDE WEISE DIE SELBSTVERWALTUNG ALS PRODUKTIONS- UND GESELLSCHAFTSSYSTEM AN UND PLAEDIERT FUER DIE BEKANNTE ORDNUNG 'DER FESTEN HAND' ''.

(ADM-KORR.) - CULAFIC FUEHRTE - LAUT TANJUG - WEITER AUS: ''DIE ARBEITER BRINGEN IHRE UNZUFRIEDENHEIT AUF DEM WEGE VON ARBEITSNIEDERLEGUNGEN UND AUF ANDERE ART ZUM AUSDRUCK. DAS TRITT ABER ALS FOLGE OERTLICH UNENTWICKELTER SELBSTVERWALTUNGSBEZIEHUNGEN, DER STAGNATION DER SELBSTVERWALTUNG ODER USURPATION DER SELBSTVERWALTUNGSRECHTE DURCH TECHNO-BUEROKRATISCHE STRUKTUREN AUF.''

AUF ''DIVERSIONS-, TERRORISTISCHE UND PROPAGANDATAETIGKEIT DER FEINDLICHEN EMIGRATION'' EINGEHEND, BEMERKTE DER SFRJ-INNENMINISTER: ''AUCH DER AUSSERE FAKTOR WIRKT KONSTANT GEGEN UNSERE INTEGRITAET UND DIE STABILITAET DES LANDES''. IN JUENGSTER ZEIT, FUEGTE CULAFIC HINZU, ''TRETEN IMMER STAERKER FAELLE SOGENANNTER WIRTSCHAFTSSPIONAGE UND VERSUCHE ILLOYALER KONKURRENZ UNTER DEN EXPORTBETRIEBEN JUGOSLAWIENSAUF.''

ES WURDE FERNER AUF DEN ''HOHEN GRAD DER GEFAEHRDUNG DES GESELLSCHAFTLICHEN EINGENTUMS'' UND AUF DAS ''GEBIET DER WIRTSCHAFTSKRIMINALITAET INSGESAMT'' HINGEWIESEN. 1984 (1984) SEI ''DURCH WIRTSCHAFTSKRIMINELLE VERGEGEN EIN MATERIELLER SCHADEN VON 16 (16) MILLIARDEN DINAR'' ENTSTANDEN.++

Stellvertreter des Ministers

Berlin, 11. April 1984  
VNA 203 /84

BSIU  
000289

Abteilung X  
Leiter

MfS - 275 - 12. APR 1984 Tgb. Nr. 1874 Weiter ... gn.	KVA
--	-----

Bezug nehmend auf mein Schreiben zu Möglichkeiten einer begrenzten Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen der SFRJ teile ich mit, daß am 10. 4. 1984 durch Genossen Oberst Schramm, HVA, telefonisch darüber informiert wurde, daß Genosse Generaloberst Wolf sein Einverständnis zum Vorschlag gegeben hat und der Meinung ist, die Probleme, die das ungesetzliche Verlassen der DDR und den staatsfeindlichen Menschenhandel betreffen schon detaillierter in den Vorschlag aufzunehmen sowie eventuelle weitere Fragen aus der Sicht der Abteilung X hinzuzusetzen.

Genosse Schramm betonte noch einmal, daß die HVA keinerlei Interesse an einer eigenen Zusammenarbeit mit den jugoslawischen Organen hätte.

Ich habe bereits veranlaßt, daß die Leiter der HA VI und der ZKG aus ihrer Sicht Probleme zuarbeiten, die Ihnen dann übergeben werden.

Meines Erachtens wäre es angebracht, durch die Abteilung X selbst erste Schritte einer möglichen Zusammenarbeit zu gehen, ohne andere Dienstseinheiten direkt in den Kontakt einzuführen.

*[Handwritten Signature]*  
Neiber  
Generalleutnant

Hauptverwaltung A  
Abteilung IX  
Leiter

Berlin, 9. 4. 84  
500-hü 795 /84

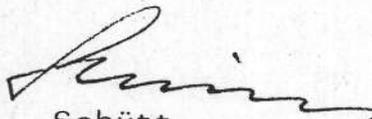
12. APR 1984	La
Fah. Nr. 1879	
Wetter...	
Gen.	

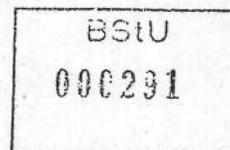
MfS  
Abteilung X  
Genossen Generalmajor Damm

BSU
000290

Beiliegender Vermerk wird zur  
Kenntnisnahme übergeben.

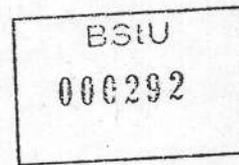
Anlage

  
Schütt  
Oberst



Der Abteilungsleiter für Internationale Verbindung und Protokollchef des Bundessekretariats für Inneres der SFRJ, V a s i l j e v i c , äußerte folgendes:

1. Der erfolgreiche Abschluß der Olympischen Winterspiele in Sarajevo vom Sicherheitsstandpunkt aus, habe sie sehr befriedigt. Besonders zufrieden seien sie auch darüber, daß es zu keinen ernsthaften Problemen für die DDR-Mannschaft gekommen sei. Dazu habe auch die entschlossene Haltung von Bundessekretär Dolanc beigetragen, der sich persönlich mit um diese Frage gekümmert habe. Gewisse Sorgen hatte ihnen dabei das überhebliche und aggressive Auftreten von BRD-Botschafter Grabert bereitet, der offensichtlich der jetzigen BRD-Regierung beweisen wolle, daß er als Vertreter der SPD trotzdem konsequent die Politik der Bundesregierung vertrete. Das betreffe auch die Frage der Nichtanerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. Aus diesem Grunde habe Dolanc in einem persönlichen Gespräch mit Grabert sehr scharf darauf hingewiesen, daß die SFRJ keinen Zwischenfall wie mit den Dynamo-Fußballern wünsche. In Überschreitung seiner Vollmachten habe Dolanc Grabert gesagt, daß es im Falle eines Zwischenfalls zur sofortigen Abreise der gesamten DDR-Mannschaft aus Sarajevo kommen werde. In diesem Fall würde die SFRJ dafür sorgen, daß die BRD dafür die volle Verantwortung übertragen bekommt. Seitens des Bundessekretärs des Innern werde eingeschätzt, daß das mit dazu beigetragen habe, daß es zu keinen Provokationen gegen die DDR-Mannschaft gekommen sei.
2. Die Ende März erfolgte Änderung des Gesetzes über die Staatssicherheit der SFRJ sei eine Schlußfolgerung aus den Ergebnissen in Kosovo von 1981. Der Aufenthalt der zentralen Sicherheitskräfte in Kosovo sei bisher eigentlich ungesetzlich gewesen, da die Sicherheit in diesem Gebiet



2

nach dem bisherigen Gesetz ausschließlich in die Kompetenz der Gebietsorgane für Staatssicherheit gefallen sei. Nunmehr sei erreicht worden, daß mit Zustimmung des SFRJ-Staatspräsidiums das Bundessekretariat ohne Zustimmung der Republiken bzw. Gebiete wirksam werden könne, wenn bestimmte Ereignisse oder Vorkommnisse die Sicherheit Gesamtjugoslawiens berühren. In diesem Rahmen seien auch die Vollmachten des Bundessekretärs für Inneres erweitert worden. Diese Gesetzesänderung trage wesentlich zur Erhöhung der Sicherheit der SFRJ bei und enge den Spielraum vorhandener feindlicher Kräfte ein. Dolanc habe sich persönlich sehr für diese Gesetzesänderung eingesetzt.

3. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird der gegenwärtige Vorsitzende des ZK des BdkJ Montenegros, Dpbrosav Culafic, neuer Bundessekretär für Inneres.

Stellvertreter des Ministers

Berlin, 30. April 1984  
VNA/ 233 /84

ESTU  
000293

3-  
02. MAI 1984  
2136

Abteilung X  
Leiter

Bezugnehmend auf den Ihnen vorliegenden Vorschlag für eine begrenzte Zusammenarbeit des MfS mit den Sicherheitsorganen der SFRJ übersende ich beiliegend Hinweise der HA VI und der ZKG, die in die Konzeption Eingang finden könnten. Beide Dienst-einheiten weisen neben den Fragen, die Gegenstand der Beratung sein könnten, vor allem auch auf die Probleme und Schwierigkeiten hin, die sich bei einer möglichen Zusammenarbeit stellen werden. Sie machen sichtbar, daß die Erwartungen an Ergebnisse nur gering sind.

Ich bitte Sie, den Vorschlag nunmehr abschließend zu bearbeiten und dem Genossen Minister vorzulegen.

Operative Informationen der HA VI und der Abteilung XXII, die bei möglichen Gesprächen Verwendung finden könnten, lege ich zur Kenntnisnahme und weiteren Aufbereitung bei. Eventuell sollte weiteres Material von der HV A und anderen Dienst-einheiten angefordert werden, wenn es um die konkrete Vorbereitung von Gesprächen geht.

Anlage

*[Handwritten Signature]*  
Weiber  
Generalleutnant

Hauptabteilung VI  
Leiter

Berlin, 13. April 1984  
VI/Ltr./VA/ 15-1 /84

BSU  
000294

Stellvertreter des Ministers  
Genossen Generalleutnant NEIBER

Vorschlag für eine begrenzte Zusammenarbeit des MfS mit den Sicherheitsorganen der SFRJ

Dem Inhalt des Entwurfes kann aus der Sicht der Hauptabteilung VI zugestimmt werden.

Besonderes Interesse besteht an der Ausgestaltung des Punktes 2.

In diesem Zusammenhang wäre auf das Problem der Bekämpfung krimineller Menschenhändlerbanden und des ungesetzlichen Verlassens der DDR näher einzugehen.

Folgende Fragen sollten aufgeworfen werden:

- Bürgern der DDR, die ungesetzlich die Staatsgrenze der SFRJ von der UVR, der SRR bzw. der VRB aus überwinden, darf von den Behörden der SFRJ keine Ausreise in andere Staaten ermöglicht werden.  
(Übergabe an Grenzorgane der genannten Staaten oder an Organe der DDR muß erfolgen.)
- Bürgern der DDR, die von der Botschaft der BRD Paßersatzdokumente ausgestellt erhalten, darf ebenfalls keine Ausreise aus der SFRJ gestattet werden.
- Es wären von seiten der Sicherheitsorgane Maßnahmen erforderlich, um stärker vorbeugend gegen den Mißbrauch jugoslawischer Reisepässe wirksam zu werden.  
(Erwerb bei Behörden durch Bestechung, Verkauf von Pässen durch vorgetäuschten Verlust usw.)
- Das Ansprechen gemeinsamer Maßnahmen gegen Schmuggel und Spekulation ist zweckmäßig, zumal an derartigen Aktivitäten in relativ starkem Maße jugoslawische Staatsbürger unter Ausnutzung ihrer besonderen Reisemöglichkeiten auch in den sozialistischen Staaten beteiligt sind.  
(siehe Anlage 2)

BSU  
000295

2

Zum Punkt 3 wäre es richtig, aus dem Gesamtaufkommen des MfS bestimmte Informationen zu terroristischen, nationalistischen und exiljugoslawischen Organisationen aufzubereiten und zu übergeben. Gleichzeitig sollte die jugoslawische Seite aufgefordert werden, ihre Schwerpunkte und ihren Erkenntnisstand dem MfS mitzuteilen.  
(Anlage 1)

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Anlage

*M. Fiedler*  
Fiedler  
Generalmajor

Zentrale Koordinierungsgruppe  
Leiter

Berlin, 26. April 1984

ESIU

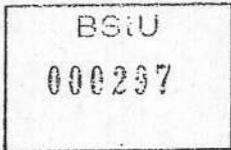
000296

Meinungsäußerung

zum Vorschlag für eine begrenzte Zusammenarbeit des MfS mit den Sicherheitsorganen der SFRJ

Eine Meinungsäußerung zu dem vorliegenden Vorschlag ist aus der Sicht der ZKG im wesentlichen nur zum Punkt 2 möglich:

1. Die Bindung der SFRJ an die Flüchtlingskonvention der UNO gestattet es den SFRJ-Behörden nicht, wesentliche Veränderungen ihrer gegenwärtigen Haltung und Praxis im Zusammenhang mit DDR-Bürgern, die eine Straftat gemäß § 213 StGB begangen haben, im Interesse der DDR vorzunehmen. Grundsatz ist, daß "Flüchtlings" aus anderen Staaten (einschließlich sozialistischen Staaten) die Ausreise aus der SFRJ in das Land ihrer Wahl gestattet wird (z. B. Sportverräter, Touristen).  
Es ist kein Fall bekannt, in dem ein DDR-Bürger (wegen einer Straftat gemäß § 213 ) an die DDR-Organen überstellt wurde. (Es gibt weder Auslieferungen noch Ausweisungen aus der SFRJ in die DDR).  
Die Praxis vergangener Jahre, daß DDR-Bürger, die von der UVR kommend die Staatsgrenze der SFRJ verletzt haben, an die UVR aufgrund eines bilateralen Abkommens UVR-SFRJ übergeben/abgeschoben wurden, wird seit Jahren nicht mehr angewandt.  
Der Fall des DDR-Bürgers [REDACTED] nach UGÜ UVR-SFRJ 1984 in der SFRJ festgenommen, ist eine Ausnahme, die durch das Zusammenwirken mit den Organen der SFRJ und der UVR durchgesetzt wurde. Die Art und Weise der Lösung dieses Problems läßt die Schlußfolgerung zu, daß diese operative Lösung tatsächlich als Ausnahme zu betrachten ist, vor allem bezüglich der Haltung der SFRJ-Organen.  
Versuche, die SFRJ-Organen nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit auf Ausweisungen von DDR-Bürgern nach der DDR festzulegen, schlugen fehl.  
(Überstellung eines SFRJ-Bürgers, gegen den in der DDR ein EV wegen § 213 StGB und anderer krimineller Delikte geführt wurde, an die SFRJ, Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten)  
Die jugoslawische Seite erklärte im Zusammenhang mit diesem Schritt des MfS - zeitlich kurz nach dem Besuch der Partei- und Regierungsdelegation der DDR in der SFRJ, zu der auch Genosse Minister Mielke gehörte, die SFRJ-Organen seien bereit zu prüfen, ob Personen aus der DDR bei Vorliegen schwerer krimineller Delikte an die DDR überstellt werden könnten.



Das berührt Fragen des Rechtshilfeverkehrs, der eine Auslieferung wegen einer Straftat gemäß § 213 StGB nicht vorsieht.

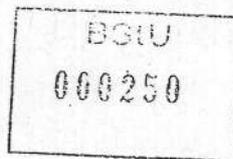
(In den Rechtshilfeverträgen mit anderen sozialistischen Staaten ist der UGÜ ebenfalls kein Auslieferungsdelikt.) Die "administrative Ausweisung", einschließlich Ausweisungsgewahrsam, wie von anderen sozialistischen Staaten praktiziert - entsprechend bilateraler Vereinbarungen der Sicherheitsorgane - verbietet sich für die SFRJ-Organen wegen ihrer Zugehörigkeit zur "Flüchtlingskonvention".

Es ist nicht zu erwarten, daß die Praxis permanenter operativer Einzelentscheidungen, wie im Falle ██████████ u. a. auch wegen des "Rotationsprinzips" in der Besetzung der Funktion des Bundessekretärs für Innere Angelegenheit und anderer leitender Positionen wirksam werden kann. Beachtet werden sollte außerdem, daß positive Erklärungen offizieller Persönlichkeiten z. B. zur Verhinderung der Ausreisen von DDR-Bürgern mit BRD-Dokumenten, der Einleitung von Maßnahmen zur Feststellung von Aufenthalten von DDR-Bürgern lautstark gegeben wurden, jedoch in keinem Fall greifbare Ergebnisse vorgewiesen werden konnten.

2. Die Verknüpfung von Fragen der Abwehr von Gewalt und Terror mit Grenzdelikten wird die SFRJ-Organen nicht veranlassen, eine grundsätzliche andere Position zu den Fragen der Bekämpfung von ungesetzlichen Grenzübertritten durch DDR-Bürger zu beziehen.  
(Geiselnahmen, Flugzeugentführungen haben politisch und rechtlich eine andere Wertigkeit.)  
Das ergibt sich bereits aus den Regimeverhältnissen der Ausreise von SFRJ-Bürgern in andere Staaten.
  
3. Eine Information oder ein Erfahrungsaustausch mit den SFRJ-Sicherheitsorganen zu Fragen der Bandenbekämpfung (kriminelle Menschenhändlerbanden) wird aus folgenden Gründen für das MfS als operativ nicht nützlich beurteilt:
  - die Grundpositionen der SFRJ-Organen zu Fragen der ungesetzlichen Grenzübertritte von DDR-Bürgern wird sich auch auf deren "Helfer" ausdehnen  
(politische Flüchtlinge haben Helfer, deren Tätigkeit für den Flüchtling legitim ist)
  - KMHB-Mitglieder (Fluchthelfer) verstoßen nicht gegen SFRJ-Gesetze und können nicht verfolgt werden
  - mögliche andere - auch nach SFRJ-Recht strafbare Handlungen von "Fluchthelfern" (z. B.: Zoll- und Devisenstrafaten, Rauschgiftschmuggel) sind Einzelercheinungen, die für das MfS wenig informativ wären und von den SFRJ-Organen genutzt würden, um zu Informationen zu gelangen.

4. In Gesprächen zur Problematik ungesetzliche Grenzübertritte von DDR-Bürgern wird für die MfS-Seite folgende Fragestellung für möglich gehalten:
- Unter welchen Umständen ist das Bundessekretariat für Innere Angelegenheiten bereit, DDR-Bürger, die ihren Staat unter Mißbrauch des Aufenthaltes in der SFRJ verlassen wollen, in die DDR abzuschicken oder in andere sozialistische Staaten (aus denen sie kommen) zurückzuschicken?
  - Welche Schritte der DDR-Organen werden als Voraussetzung für das Tätigwerden der SFRJ-Organen erwartet?  
(Bei Nichtrückkehr von Dienstreisen, Touristenaufenthalte usw.)
5. Grundsätzlich soll darauf verwiesen werden, daß Informations- und Erfahrungsaustausche zu dieser Problematik - wie sicherlich zu allen Problemen aufgrund der internationalen Verbindungen des Bundessekretariats für Innere Angelegenheiten der Zugehörigkeit der SFRJ-Organen zur "Interpol" zum Abfluß von Informationen führen werden, die operativen Schaden hervorrufen.  
(Bei der Gesprächsführung mit verantwortlichen Mitarbeitern des Bundesministeriums für Innere Angelegenheiten wurde mitgeteilt, daß unmittelbar vor unserem Kontakt Gespräche mit leitenden Beamten des Bundeskriminalamtes der BRD stattgefunden hatten.)
6. Aus all den Überlegungen halte ich - aus der Sicht der ZKG - Gespräche, Erfahrungsaustausche nur dann als nützlich, wenn nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit auch Nutzen für das MfS abrechenbar ist.  
Eine Zusammenarbeit zur Bekämpfung ungesetzlicher Grenzübertritte von DDR-Bürgern wird erst dann für möglich gehalten, wenn rechtspolitische Grundfragen geklärt sind. Das wäre weit mehr als ein deklarativer Wunsch nach Zusammenarbeit und würde konkrete Möglichkeiten zum beiderseitigen Nutzen eröffnen.

*Niebling*  
Niebling  
Oberst



Übersetzung aus dem Englischen

Ke

Günstige innere Sicherheitslage in Jugoslawien

Belgrad, 19. Juni (Tanjug)

Die innere Sicherheitssituation Jugoslawiens hat sich in diesem Jahr günstig entwickelt trotz der ernststen Schwierigkeiten, denen sich das Land gegenüber sieht, erklärte hier heute Dobroslav Culafic, der jugoslawische Bundessekretär für Innere Angelegenheiten. Das jugoslawische Parlament diskutierte heute einen Bericht des Bundessekretariats für Innere Angelegenheiten über seine Tätigkeit im Jahre 1984.

Culafic erhärtete seine obige Einschätzung durch Angaben über die Zerschlagung konterrevolutionärer Aktivitäten im Gebiet Kosovo, Südjugoslawien, die Unterbindung der Absichten feindlicher Emigranten und die Verhinderung von Aktionen ausländischer Geheimdienste in Jugoslawien.

Verglichen mit 1983 ging die Gesamtzahl der Straftaten, einschließlich der politischen, im Jahre 1984 um 5,6 Prozent zurück. Ein Rückgang der Kriminalität um 2,2 Prozent wurde ebenfalls registriert. Die Aufklärungsrate der schwersten Verbrechen lag zwischen 95 und 98 Prozent.

Culafic sagte, daß der jugoslawische Sicherheitsdienst erfolgreiche Aktionen gegen die feindliche Emigration durchführte. Allein im letzten Jahr seien über 100 kg Sprengstoff bei Terroristen an der Grenze und anderswo beschlagnahmt, eine große Zahl von kompletten Sprengvorrichtungen sichergestellt und fünf Sabotageakte, die in früheren Jahren verübt wurden, aufgeklärt worden.

Er erklärte weiter, daß die jugoslawischen Organe für Inneres gute Kontakte zu den Sicherheitsorganen mehrerer Staaten hergestellt hätten, wodurch die Effektivität des Kampfes gegen die verschiedenen Feinde Jugoslawiens erhöht worden sei.

Culafic sagte, daß trotzdem einige Länder weiterhin antijugoslawische Aktivitäten von Emigranten tolerieren, besonders von solchen Gruppen, die sich für "politische" Emigranten erklären, in Wirklichkeit aber unterstützten und organisierten sie die brutalsten Gewaltakte.

Der sogenannte "Kroatische Volksrat" habe vor kurzem ein "Informationsbüro" in Bonn eröffnet. Dieses "Büro" und dergleichen "Büros", sagte er, sind in Wirklichkeit terroristische Stützpunkte und die Duldung ihrer Aktivitäten trägt nicht zu gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeit bei.

Was die Aktivitäten ausländischer Geheimdienste auf jugoslawischem Boden betrifft, so haben diese zugenommen, und, so fügte er hinzu, in den letzten zwei Jahren seien einige Dutzend Ausländer und jugoslawische Bürger, die in ihren Diensten standen, entlarvt worden. Rechtliche Schritte seien gegen 52 Personen unternommen worden.

Culafic verwies darauf, daß innere feindliche Kräfte untereinander Kontakt herstellen und im Einvernehmen mit den äußeren Feinden Jugoslawiens handeln wollen.

Zur Situation im Gebiet Kosovo, in dem 1981 konterrevolutionäre Aktivitäten von Positionen des Nationalismus und Irredentismus aus inszeniert wurden, sagte Culafic, daß in den letzten anderthalb Jahren 16 illegale Organisationen und Gruppen mit 362 Mitgliedern aufgedeckt wurden.

Nationalistische und antijugoslawische Ausschreitungen und Aktionen, bei denen 15- und 16jährige und sogar noch jüngere Kinder benutzt werden, haben kontinuierlich seit 1981 mehr oder weniger überall in Kosovo in den verschiedensten Formen stattgefunden, sagte der Bundessekretär für Innere Angelegenheiten.

Obers.: *Klaus. 01c*

Abteilung X

Berlin, 20. 7. 1984

Bestätigt:

*Mielky*  
.....

BSU

000251

V o r s c h l a g

für die Gesprächsführung mit den Beauftragten des Bundessekretariats  
für Innere Angelegenheiten der SFRJ

Ziel der Gespräche:

- . Die Vorstellungen des Partners über Möglichkeiten der Zusammenarbeit sind zur Prüfung entgegenzunehmen und soweit erforderlich zu präzisieren.
  
- . Von seiten des MfS besteht Interesse an einer Zusammenarbeit auf folgenden Gebieten:
  - Informationsaustausch zu ausgewählten Problemen und Personen zu Fragen

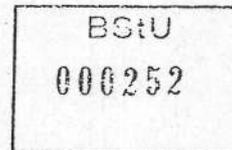
Terrorismus

Emigrantenorganisationen

internationaler Rauschgiftschmuggel

- Mißbrauch des Territoriums der DDR bzw. SFRJ durch Bürger der DDR bzw. SFRJ zu gesetzwidrigen Handlungen u. a.

illegaler Grenzübertritt



illegaler Aufenthalt (Mißbrauch des visafreien Dienst-  
reiseverkehrs)

Schmuggel/Spekulation

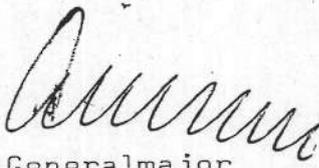
- . Sollte der Partner perspektivisch eine schriftliche Verein-  
barung anstreben, ist auf einen Briefaustausch auf Minister-  
ebene zu orientieren, in dem die vereinbarten Gebiete der  
Zusammenarbeit sowie die Arbeitsebene (Internationale Abteilungen)  
festgelegt werden.
  
- . Dem Partner ist in Aussicht zu stellen, daß nach abgeschlossener  
Prüfung und Entscheidung über die Ergebnisse der geführten  
Gespräche eine Einladung der Beauftragten des Partners nach  
Berlin erfolgt.

Teilnehmer des MfS:

- . Generalmajor DAMM            Abt. X
- . Oberst            NIEBLING            ZKG

Termin:

- . nach dem 15.10.1984            3 Tage

  
Generalmajor

18187  
5.1.87

L. X

BSIU  
000253

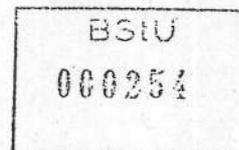
Zur Stellungnahme  
Übersetzung aus dem Russischen  
 18/87  
 Wv. mit Vorschlägen  
 der Auswertung. Mi. 12/1.87

In Übereinstimmung mit einem Beschluß des Politbüros des ZK der KPdSU weilte in der Zeit vom 2. bis 6. Dezember 1986 eine Delegation des KfS der UdSSR unter Leitung des Vorsitzenden des Komitees auf Einladung des Bundessekretärs für Innere Angelegenheiten der SFRJ zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Jugoslawien.

Der Leiter der sowjetischen Delegation wurde vom Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, M. Renovica, dem Mitglied des Präsidiums der SFRJ, R. Vlajkovic, und dem Vorsitzenden des Bundesexekutivrates (Regierung) B. Mikulic, empfangen. Es fand auch eine Begegnung mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des Bundes der Kommunisten Sloweniens, M. Kucan, statt. Während der Gespräche wurden aktuelle Fragen der internationalen Lage und des inneren Lebens der Sowjetunion und Jugoslawiens erörtert.

Die Führer der SFRJ gaben den Beschlüssen des XXVII. Parteitages der KPdSU und den Friedensinitiativen der UdSSR eine hohe Wertschätzung, und sie äußerten sich positiv über das Zusammenwirken der Sicherheitsorgane beider Länder.

Während der Verhandlungen mit dem Bundessekretär für innere Angelegenheiten der SFRJ, D. Culafic, fand ein Meinungs-austausch über die innenpolitische und operative Lage in der Sowjetunion und in Jugoslawien, die feindlichen Bestrebungen der Geheimdienste und ideologischen Zentren der imperialistischen Staaten zur Untergrabung der Sicherheit der sozialistischen Staaten sowie über die Aufgaben des KfS der UdSSR und des Bundessekretariats



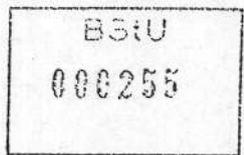
für innere Angelegenheiten (BfIA) zur Erfüllung der Beschlüsse des XXVII. Parteitages der KPdSU und des 13. Parteitages des BdKJ statt.

Nach Einschätzung des Bundessekretärs gibt es im Lande eine Reihe negativer Erscheinungen: ernsthafte Schwierigkeiten auf ökonomischem und sozialem Gebiet, hohe Inflationsrate, Preis-erhöhungen, Arbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend.

Unter den einzelnen Bevölkerungsschichten gibt es Unzufriedenheit über die materielle und soziale Lage, Erscheinungen des Nationalismus und Separatismus nehmen zu, die angespannte Lage im autonomen Gebiet Kosovo hält an.

Sowohl sozialismusfeindliche innere als auch äußere Kräfte versuchen, die erwähnten Schwierigkeiten und Probleme zu ihren Gunsten auszunutzen.

Den Worten von Culafic zufolge rufen bei der Führung des Landes die Aktivitäten "antisozialistischer, antikommunistischer und antijugoslawischer feindlicher Emigrantenorganisationen" besondere Beunruhigung hervor. Vorliegenden Angaben zufolge befinden sich viele von ihnen unter dem Einfluß und der Kontrolle westlicher Geheimdienste und stellen sich zum Ziel, die in Jugoslawien bestehende Ordnung zu stürzen und Jugoslawien aufzuteilen. Unter den gegen die SFRJ aktiven Geheimdiensten des Westens nimmt der USA-Geheimdienst den ersten Platz ein, an zweiter Stelle kommen die BRD-Geheimdienste. Das BfIA verfügt über konkrete Fakten der rechtswidrigen Tätigkeit westlicher Geheimdienste auf dem Territorium Jugoslawiens, und eine Reihe ihrer Agenten wurde enttarnt.

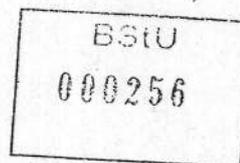


Zum internationalen Terrorismus legte die jugoslawische Seite eine Position dar, die sich mit der Position der sowjetischen Delegation deckte. Es wurde unterstrichen, daß Jugoslawien ein Gegner des internationalen Terrorismus ist. Im Kampf gegen die Terroristen arbeitet das BfIA aktiv mit den Sicherheitsorganen Österreichs, Italiens, der BRD, Frankreichs, Libyens, Irans und Iraks zusammen. Es erfolgt eine Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen einiger nichtpaktgebundener Staaten.

Während der Begegnungen und Gespräche lenkte die sowjetische Delegation die Aufmerksamkeit der jugoslawischen Genossen auf die Verschärfung der Lage in der Welt im Zusammenhang mit der militaristischen Politik der USA und ihren nichtvorhersehbaren Folgen. Ausgehend von der Bedeutung der Aufgaben zur Entlarvung der Pläne, Absichten und militär-technischen Möglichkeiten der USA und ihrer NATO-Bündnispartner erörterten die Seiten die Möglichkeit eines Informationsaustausches militär-strategischen Charakters. Es fand ebenfalls ein Meinungs-austausch über die feindlichen Aktivitäten verschiedener Emigrantenzentren und Organisationen statt: "Freies Europa", "Amnesty International", "Internationaler Widerstand" sowie NTS.

Es wurde für zweckmäßig gehalten, die Zusammenarbeit bei der Gewährleistung der Sicherheit während großer internationaler Festivals, Foren und Olympiaden, die in der UdSSR und in Jugoslawien organisiert werden, fortzusetzen.

Die jugoslawische Seite schätzte die Verhandlungen als erfolgreich ein; sie brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß Begegnungen der Leiter der Sicherheitsorgane beider Staaten regelmäßig stattfinden.



Im Ergebnis der Verhandlungen wurde eine Übereinkunft über das Zusammenwirken bei der Bekämpfung des Terrorismus, über den Austausch von Informationen über die Feindtätigkeit der ausländischen Emigration, von Mustern westlicher spezieller Technik und von Arbeitserfahrungen auf der Linie der Nutzung operativ-technischer Mittel sowie von Erfahrungen zu einer Reihe anderer Bereiche, die für beide Seiten von Interesse sind (Tourismus, Bekämpfung des Schmuggels), erzielt.

Die Seiten stimmten darin überein, daß das Protokoll über die Verhandlungen zwischen dem KfS der UdSSR und dem BfIA der SFRJ, das 1977 unterzeichnet wurde (und über dessen Inhalt die deutschen Freunde seinerzeit informiert wurden) eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Organen in der gegenwärtigen Etappe der Zusammenarbeit darstellt und daß deshalb kein neues Dokument unterzeichnet wurde.

Während des Aufenthalts in Jugoslawien machte sich die Delegation des KfS der UdSSR mit dem Institut für Sicherheit des BfIA vertraut. Beim Besuch einer Brigade für besondere Aufgaben der Organe für innere Angelegenheiten wurde der Delegation eine Lehrvorführung "zur Befreiung von Geiseln und Vernichtung von Terroristen" demonstriert.

Die Delegation besuchte die Republik Slowenien und führte Gespräche im Sekretariat für Innere Angelegenheiten der Republik Slowenien; sie machte sich auch mit der Arbeit seines Rechenzentrums vertraut.

Die Begegnungen und Gespräche mit offiziellen jugoslawischen Persönlichkeiten und Bürgern des Landes verliefen in einer guten, freundschaftlichen Atmosphäre; die Gesprächspartner sprachen offen über ihre Probleme. Über den Besuch der Delegation des KfS wurde von den Massenmedien Jugoslawiens recht umfassend und wohlwollend berichtet.

BSIU  
000257

Während der Verhandlungen wurde ein Fragenkatalog für die Arbeitstreffen im Jahre 1987 auf konkreten Arbeitslinien festgelegt: Austausch von politischen, politisch-operativen und operativ-technischen Informationen, antisozialistische Emigration, internationaler Terrorismus, subversive Tätigkeit klerikaler Organisationen.

Eingedenk der wichtigen politischen und operativen Bedeutung der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem BfIA der SFRJ und der positiven Ergebnisse der Verhandlungen, die neue Möglichkeiten zur Vertiefung des Zusammenwirkens mit den jugoslawischen Sicherheitsorganen eröffneten, beabsichtigt das Komitee für Staatssicherheit in der Zukunft, die Kontakte zum BfIA der SFRJ im Rahmen der erzielten Übereinkünfte zu vertiefen.

Zu diesem Zweck ist 1987 geplant, eine Delegation des BfIA unter Leitung von D. Culafic zu empfangen. Außerdem ist die Durchführung von Arbeitstreffen auf verschiedenen Linien (1. HV, 2. HV, 5. Verwaltung und Operativ-technische Verwaltung) geplant.

Das Zentralkomitee der KPdSU schätzte die Ergebnisse der Verhandlungen der Delegation des KfS mit den Jugoslawen positiv ein und billigte deren Vorschläge zur Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem BfIA der SFRJ.

Über den Verlauf der weiteren Kontakte zwischen den Sicherheitsorganen der UdSSR und der SFRJ wird das Komitee für Staatssicherheit die Leitung der Freunde informieren.

Übers.: *Ullrich, Hptm.*  
Gef.: 2 Ex.